DENK´ MAL!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 16 | Vereinszeitschrift | April 2014

Wilhelm Dietl
Cham

Was erwartet uns 2014 noch?

Warum sind wir in diesem Jahr so spät dran mit unserer bereits traditionellen Bestandsaufnahme, mit unserem Lagebild zum neuen Jahr? Ich vermute, es hat damit zu tun, dass der kürzlich stattgefundene Kalenderwechsel am Ende zu schnell und überraschend kam. Da konnten wir nicht mithalten. Das heutige Thema müsste also heißen: Was erwartet uns von März bis Dezember 2014? Januar und Februar kennen wir ja schon.

Für alle, die wenig Zeit haben, die **Zusammenfassung**: 2014 ist das neue 2013. Darum wird sich nicht wirklich viel verändern. Manches verschlechtert sich und manches wird vermutlich im Berichtszeitraum ein bisschen besser werden.

Was wir in den vergangenen Jahren mehrfach befürchten mussten, tritt auch 2014 ganz sicher nicht ein – der Weltuntergang. Nach der Blamage der Verschwörungstheoretiker von 2012 – und dem Eingeständnis, dass sie den Maya-Kalender falsch gelesen haben - blieb es lange auffallend ruhig. Nun traf, sozusagen im letzten Moment, noch eine Alarmmeldung mit exaktem Datum ein. Am 22. Februar sollte es geschehen sein. Zeitgleich mit dem Jubiläum einer alten Wikinger-Legende. Wieder einmal steckt der apokalyptische Kampf zwischen Göttern und Riesen dahinter. Die Skeptiker schienen in der Mehrzahl gewesen zu sein. Ein minder schwerer Fall. Zurück ins ganz normale Leben. Am Ende von 2014 dürfte es ganz viele, neue Hobby-Historiker geben. In der zweiten Jahreshälfte werden uns drei Daten förmlich überrollen. Der Ausbruch des 1. Weltkriegs jährt sich zum hundertsten Mal, der Beginn des 2. Weltkriegs zum fünfundsiebzigsten

Fortsetzung weiter auf Seite 2

Massoud Harun-Mahdavi
München

Münchner Sicherheitskonferenz MSC 2014

Anläßlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz folgten die Vorstandsmitglieder Massoud und Sasan Harun-Mahdavi und unser Redaktionsmitglied Karl-Heinz Nagel zusammen mit Ehefrau der Einladung vom 07. Januar 2014 von Herrn Tobias Kurzmeier, dem Vorsitzenden des Aktionskreises für Wirtschaft, Politik und Wissenschaft e.V. in den Gelben Salon des Palais Montgelas des Hotels Bayerischen Hof.

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Inhalt: **Seite**

„Was erwartet uns 2014 noch?“, W. Dietl 1
„Münchner Sicherheitskonferenz“, M. Harun-Mahdavi 1
„Islamunterricht an den Schulen“, K.-H. Nagel 8
„65 Jahre Menschenrechte in EU“, P. Orzechowski 10
„Das Ende des friedlichen Aufbaus der letzten 25 Jahre?“, K. Rose 11
„Am Vorabend des Dritten Weltkriegs“, S. Harun-Mahdavi 13
„Newroz-Empfang 2014“, Der Vorstand 14
Über den Herausgeber 16
Impressum 16

Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln!
Thomas Babington Lord Macaulay

„Was erwartet uns 2014 .....“
Fortsetzung von Seite 1

Mal, und im November vor 25 Jahren ist die Berliner Mauer gefallen.

Die Geschichts-Vordenker stellen jetzt schon Überlegungen an, ob der erste und der zweite Weltkrieg nicht als Einheit zu sehen sind, als neuer 30jähriger Krieg sozusagen. Für Gesprächsstoff ist gesorgt, nicht zuletzt durch angeblich 150 Bücher zum 1. Weltkrieg, die in den nächsten Monaten erscheinen sollen. Wie immer, werden wir auf diese drei Themen spätestens Ende Dezember allergisch reagieren. Wie immer, können wir an dieser Stelle nur Puzzlestücke anbieten, die sich letztlich jeder selbst zusammensetzen muss. In vielen Ländern der Erde werden 2014 die politischen Karten neu gemischt.

Im Mai stimmen 500 Millionen Menschen in 28 Staaten der EU über ein neues Parlament ab. Experten erwarten, dass die Rechten zulegen werden.

Dieser Trend dürfte sich in einzelnen Staaten besonders stark auswirken, allen voran Ungarn. Erschreckenderweise fallen aber auch Frankreich und England in diese Kategorie.

Weitere Wahlen sind terminiert in Belgien, Litauen, Schweden, Luxemburg, Rumänien und Moldawien. Die Schotten stimmen im September über eine mögliche Unabhängigkeit von Großbritannien ab. Im November wollen es die Katalanen wissen. Viele von ihnen sind der Meinung, dass sie auf Spanien verzichten könnten.

Im März soll Kolumbien neue Abgeordnete, im Mai einen neuen Präsidenten erhalten. Ob die amtierende Präsidentin von Brasilien bleiben darf, ist nicht gesichert. Für innenpolitische Turbulenzen sorgen eine handfeste Wirtschaftskrise und die wieder einmal überzogenen Kosten für ein globales Sportereignis, die Fußball-Weltmeisterschaft im Juni. Auch der kleine Nachbar Uruguay stimmt im Oktober über den neuen Präsidenten ab. Das besondere Reizthema bei diesem Wahlkampf ist die Legalisierung von Marihuana.

In Malawi, das im Mai wählt, wäre man schon zufrieden, wenn die Belieferung mit Grundnahrungsmitteln funktionieren würde. Das zerrüttete Südafrika, nun ohne Mandela, muss im April über seine Zukunft entscheiden. Fast zeitgleich stehen die Menschenmassen von Indonesien und Indien vor den Wahlurnen Schlange. Das kann in Afghanistan, im April, zum lebensgefährlichen Ausflug werden.

Apropos Afghanistan. 2014 wird auch dort wieder fett gedruckt in die Geschichtsbücher eingehen. Etwas unpräzise formuliert, zieht zum dritten Mal eine Weltmacht geschlagen ab. Im 19. Jahrhundert regierten die Engländer noch ihr Empire. Mit den Afghanen wurden sie nicht fertig. So erging es im 20. Jahrhundert den Sowjets. Die beratungsresistente NATO bewies gerade zehn Jahre später, welchen Schaden ein defektes Kurzzeitgedächtnis anrichten kann. Nach weiteren zwölf Kriegsjahren, in denen das einstige Bilderbuchland am Hindukusch wieder ein Stück mehr zerstört wurde, gehen die fremden Truppen wieder heim, und mit ihnen auch die Bundeswehr.
Seit Ende 2001 sind in Afghanistan beinahe 3500 ausländische Soldaten ums Leben gekommen, unter ihnen 54 Deutsche. 3,5 Milliarden Euro hat der deutsche Steuerzahler bereits für den Einsatz bezahlt. Die Amerikaner bekommen die vielstelligen Nummern längst nicht mehr in den Griff und rechnen deshalb in kleineren Einheiten. Jede Stunde fließen aus dem längst bankrotten US-Staatshaushalt 10,45 Millionen Dollar in den Afghanistan-Einsatz, seit 9/11 also 700 Milliarden Dollar.

Die Bundesregierung erklärt regelmäßig, und meist nach verheerenden Anschlägen, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan spürbar verbessert hat. Das steht auch in den Spickzetteln der Verteidigungsminister, die sie für ihre jeweiligen Antrittsbesuche bei der Truppe ausgehändigt bekommen. Sie verlesen diese Erklärungen in der Regel ungeachtet besseren Wissens. Um den peinlichen Rück-

Fortsetzung weiter auf Seite 3

Die Wissenschaftler bemühen sich, das Unmögliche möglich zu machen. Die Politiker bemühen sich oft, das Mögliche unmöglich zu machen! Bertrand Russel

„Was erwartet uns 2014 .....“
Fortsetzung von Seite 2

zug zu kaschieren, hat man 2012 in Tokio den Afghanen ein Geschenk in Höhe von 16 Milliarden US-Dollar versprochen.
Die Bundesrepublik ist bis 2015 mit 430 Millionen Euro pro Jahr dabei. Der Haushaltstitel wurde Entwicklung und Wiederaufbau getauft. Unser Bundespräsident hat bereits für die Zeit danach „umfangreiche deutsche Hilfe“ versprochen. Dazu zählen auch 800 deutsche Militär- und Polizeiausbilder. 8000 bis 12 000 einschlägige Trainer sollen insgesamt im Land bleiben. Sie werden es nicht leicht haben, wenn die Taliban und andere Islamisten aus ihrem langen Heilschlaf zurückkehren und es darauf anlegen, das „Islamische Emirat“ wieder zu übernehmen. Ihre Schlagkraft haben sie in den letzten zwölf Jahren eher auf Sparflamme gehalten. Um im Jahresmittel 4000 lokale Sicherheitskräfte zu töten und weitere 10 000 zu verwunden, hat es aber immer gereicht.
Man sollte vielleicht die afghanischen Finanzämter effizienter gestalten. Im letzten Jahr der früheren Taliban-Herrschaft wurden 180 Tonnen Opium geerntet. Heute sollen es beinahe 6000 Tonnen sein. Das entspricht 580 Tonnen reinem Heroin. Ein Kilogramm Heroin kostet im Mitteleuropa derzeit 70.000 Euro. Wenn man also die tüchtige deutsche Steuerverwaltung an Afghanistan ausleihen würde, dann könnten die Afghanen locker die Hilfspakete für den kranken Euro übernehmen und auch sonst alle ihre Freunde alimentieren. Eine schöne Utopie.
Weil wir gerade bei der Kostenfrage sind: Es gibt im Zusammenhang mit dem sogenannten „Arabischen Frühling“, der mittlerweile flächendeckend zum „Arabischen Winter“ geworden ist, einige Zahlen, die ganz selten irgendwo gedruckt werden. Sie zerstören nämlich eine weitere Fata Morgana. Die arabische Welt hat seit Beginn der Aufstände mindestens 800 Milliarden US-Dollar verloren. 130.000 Syrer wurden getötet. Ein naheliegender Vergleich: Der US-Einmarsch von 2003 kostete rund 250.000 Irakern das Leben.
Mehr als die Hälfte der syrischen Bevölkerung wird auch 2014 auf der Flucht sein, zwei bis drei Millionen Menschen in Auffanglagern der Nachbarländer. 16 Millionen Menschen bedürfen 2014 in Syrien, Ägypten, dem Irak, Jordanien, Libanon und der Türkei internationaler Hilfe. Das ist seit Menschengedenken die größte humanitäre Katastrophe im leidgeprüften Nahen Osten.
Wir könnten noch lange darüber sprechen, Fakt um Fakt aneinanderreihen, endlose Zahlenkolonnen. Wir müssten darauf hinweisen, dass im angeblich befriedeten und der Demokratie übergebenen Irak – auch dort sind die Amerikaner abgezogen, als alles zerstört war -, allein zwischen Januar und September letzten Jahres 5740 Menschen getötet und 13 801 verletzt wurden. Hier handelt es sich übrigens um UNO-Zahlen, nicht um lokale Propaganda. Wir müssten über ein Ägypten am Abgrund sprechen und ein Libyen, das längst einen Schritt weiter gegangen ist.
An der desolaten Lage des Jahres 2014 in Ägypten trägt „der Westen“ wohl ganz wenig Schuld, an der Anarchie in Libyen dafür hundert Prozent. Und es müsste noch gesagt werden, dass die Öl-Einnahmen der arabischen Golfstaaten zwischen 2003 und 2012 um das Sechsfache angestiegen sind, von 120 auf 780 Milliarden US-Dollar.

Und jetzt noch die letzten Zahlen: Für 2010 wurde die Bevölkerungszahl der arabischen Welt mit 334 Millionen Menschen errechnet. Nach Analysen der UN werden es 2020 bereits 403 Millionen sein, und 2050 sogar 563 Millionen. Das bedeutet eine Zunahme von 68 Prozent in vier Jahrzehnten, ein absoluter Weltrekord. Die Jugendarbeitslosigkeit weist im Nahen Osten bereits 2014 eine Quote von 27,9 Prozent auf, das Doppelte der globalen Rate.
Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir diese Entwicklung noch auffangen werden. Die arabische Welt hat ihre starken Diktatoren – die lange Zeit unsere Partner waren - verloren, und den vordringenden Islamisten wenig entgegenzusetzen. Auch die Militärs in Ägypten und in der Türkei sind kein Allheilmittel. Ob die nahöstlichen Ölquellen 2050 noch sprudeln, ist eine weitere Frage. Aber, das führt jetzt zu weit.
All diese Horror-Szenarien sollten unsere Politik beeinflussen. Seltsamerweise tun sie es nicht. Zweifellos werden sie keine Themen für die anstehenden Wahlen und für die Politik der Bundesrepublik liefern. Berlin überlegt angestrengt, wohin die Bundeswehr als Nächstes geschickt werden könnte, und ob die Saudis 200 oder eher 800

Fortsetzung weiter auf Seite 4

Ein jeder gibt sich selber seinen Wert!

Schiller

„Was erwartet uns 2014 .....“
Fortsetzung von Seite 3

Leopard-II-Panzer kriegen sollten, und dazu noch 100 Patrouillenboote.

Unsere Parteien sind 2014 mit der Europawahl, drei Landtagswahlen und Kommunalwahlen in elf Bundesländer mehr als ausgelastet.

Sollte es noch mehr unerwartete Affären geben, wie jene um Edathi, Friedrich, Gabriel und Co., dann ist der turbulente Geschäftsbetrieb mit dem derzeitigen Personal sowieso nicht mehr zu bewältigen. Es deutet also alles darauf hin, dass sich die deutsche Politik 2014 überwiegend mit sich selbst beschäftigt. Oder spricht irgendein bedeutendes Ereignis seit dem Wahltag im Herbst 2013 gegen diese These? Eine eher zaghafte Voraussage zu den Landtagswahlen lautet: Sachsen könnte sich der NPD entledigen, Thüringen in die Hand der Linken geraten. In Brandenburg dürfen erstmals 16jährige ihre Stimme abgeben. Interessant.

Gibt es denn gar nichts Erfreuliches in 2014?

Doch. Die erste Zahnbürste mit Internet-Anschluss wurde vorgestellt. Über Bluetooth und eine eigene App soll das Modell Kolibree vom gleichnamigen Hersteller über Smartphone die Putzgewohnheiten des Besitzers übermitteln. Die Daten können beispielsweise direkt an den Zahnarzt gehen. Ein Punktesystem soll die Kinder zum Zähneputzen motivieren.

Quelle: Wikipedia

Seit Ende Januar wird bereits die Pebble Smartwatch ausgeliefert. Das ist ein Telefon in der Armbanduhr. Die Testgeneration des letzten Jahres brachte es im Dauerbetrieb erst auf wenige Stunden Leistungsfähigkeit. Nun soll der Akku bereits eine Woche halten. Die elektronische Uhr ist wasserdicht und wartet mit zahlreichen Statusinformationen auf. Sie wird in der Edelstahlausführung um die 250 Dollar kosten.
Da passt es dann, dass das Handy-Telefonieren in der EU ab Juli wieder billiger sein soll. Sicherlich klappt das auch bald mit der Apple-Datenbrille. Big Data ist überall.

Ich setze als bekannt voraus, dass sich das allseits beliebte Flensburger Punktesystem im Mai neu erfindet. Ein Verkehrsverstoß, der bisher mit bis zu sieben Punkten geahndet wurde, kostet nur noch ein bis drei Punkte. Dafür ist man seinen Führerschein schon bei acht Punkten los, und nicht erst bei 18. Alles wird teurer, auch dieser Bereich. Wer beispielsweise ab Mai während des Fahrens mit dem Handy am Ohr telefoniert, zahlt nun 60 statt 40 Euro, ebenso wenn er die Winterreifen bei Schnee und Eis einsparen will oder die Kindersicherung zu lasch handhabt.

Ab 2014 wird es ausländischen Ärzten erleichtert, ihren Beruf in der Bundesrepublik auszuüben. In gleicher Weise gilt das für simple Rumänen und Bulgaren. Das hat schon für viel böses Blut gesorgt. Ob zu Recht, das weiß bislang keiner. Die entsprechenden Statistiken entstehen erst. Keine genauen Zahlen habe ich zu den katholischen Priestern aus der Dritten Welt gefunden, die landauf landab übernehmen oder wenigstens aushelfen. Gefühlt nimmt ihre Zahl auch 2014 zu.
Das haben sie mit Landsleuten gemeinsam, die Asyl begehren. 2013 wuchs ihre Quote, beispielsweise im Landkreis Regensburg, um das Dreifache. Tendenz steigend. Im Januar meldete die MZ 317 Asylbewerber, aufgeteilt auf 16 Gemeinden. In der gesamten Oberpfalz zählte die Regierung 1800 Asylbewerber, 500 mehr als im Jahr zuvor.

Jetzt muss nur noch die Wirtschaft stimmen. Da gibt es viele positive Prognosen, die sich aber auch erst zum Jahresende ganz sicher beurteilen lassen. 1,8 Prozent soll die Volkswirtschaft ganz bescheiden wachsen. Bis auf weiteres wird die Arbeitslosigkeit steigen, aber auch die Beschäftigung. Wie passt das zusammen? Ganz einfach: Die Arbeitslosen sind nicht da, wo man sie braucht. Also greift man dann lieber auf polnische Kräfte zurück. Tendenz steigend.

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Die meisten Menschen wenden mehr Zeit und Kraft daran, um die Probleme herumzureden, als sie anzupacken! Henry Ford

„Was erwartet uns 2014 .....“
Fortsetzung von Seite 14

Noch einige Stichworte: Die Energie soll billiger werden, nicht aber für Otto Normalverbraucher. Es wird weniger Insolvenzen geben, weil die Banken wieder kundenfreundlicher werden.

Zinsen steigen, sagt die Deutsche Bank, und außerdem: „Das größte Risiko ist, das Risiko zu ignorieren.“ Das erinnert mich an Gold. Das bis vor kurzem beinahe kultisch verehrte Edelmetall soll 2014 wieder ein bisschen an Wert verlieren.

Und schon haben wir wieder mehr Zeit und Lust, uns den 2014 überhand nehmenden Gedenk- und Aktionstagen zu widmen. Wir feiern 2014 die Erfindung des Gummireifens und den 100. Geburtstag des Rhein-Herne-Kanals. Es wird den „Tag der Blockflöte“ geben, und den „Tag des Schwertschluckers“. Letzterer fällt interessanterweise auf den 300. Geburtstag der Bach-Kantate „Mein Herz schwimmt im Blut“.

Ganz in der Nähe des Muttertages darf der 300. Geburtstag des Dampfkochtopfs begangen werden. Theoretisch könnte man in diesem Zusammenhang auch die Abschaffung des Explosionsdampfkochtopfs feiern, ebenfalls vor 300 Jahren. Ein nachhaltiger technischer Fortschritt.

Quelle: Wikipedia

Es kann kein Fehler sein, im Kalender anzustreichen, dass Martin Heidegger 125 wird, Hansi Hinterseer dagegen erst 60.
Runde Geburtstage sind von Liselotte Pulver, Brigitte Bardot und Rosamunde Pilcher gemeldet.

Für Nischenfreunde muss das Sommerfest der Grünen in Stuttgart ein echtes Highlight sein. Es findet bezeichnenderweise am „Welttag des Schneemanns“ statt. Zu den populären Posten der Speisekarte zählen aromafreier Kamillettee und die überregional bekannte grün-vegane Käsetorte. Dieser schwäbische Event steht 2014 unter dem eingängigen Motto „Die keimfreie Gesellschaft“. Als Höhepunkt des Tages gilt der integrierte Festakt zur Erfindung der ersten vollbiologischen Kläranlage vor 100 Jahren.

Ob Alice Schwarzer immer noch als Schirmherrin fungiert, konnte bis zum Redaktionsschluss dieses Textes nicht mehr in Erfahrung gebracht werden.

Alles Gute im angebrochenen Jahr.

„MSC 2014 ....“
Fortsetzung von Seite 1

Diese Vortragsveranstaltung fand am Donnerstag 30. Januar 2014 um 19 Uhr im Hotel Bayerischer Hof statt. An diesem Vorabend der 50. Münchner Sicherheitskonferenz sprachen exklusiv Botschafter Wolfgang Ischinger und Botschafterin a. D. Gabriela von Habsburg zu den ca. 70 geladenen Gästen.

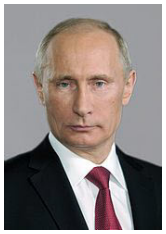
Botschafter Ischinger hat eine sehr lange und gewichtige politische Vita, die sie nachfolgend zusammen mit der politischen Vita von Botschafterin a. D. Gabriela von Habsburg genauer erfahren können (s. Kästchen unten).

Botschafter Ischinger hob insbesondere die vertrauensbildende Bedeutung der 1964 ins Leben gerufenen Münchner Sicherheitskonferenz hervor. Er verglich die aktuellen Mißtöne in der außenpolitischen Beziehung zwischen USA und der Bundesrepublik und einigen anderen Ländern mit der damaligen Zeit, als die Kuba-Krise etc. die Welt an den Rand eines zerstörerischen Krieges geführt hatten. Damals wie heute haben Politiker es für wichtig empfunden, sich gegenseitig in Treffen persönlich zu treffen und persönlich näher kennen zu lernen und auch persönliches Vertrauen in die Entschluss fassenden Personen auf allen Seiten aufzubauen. Botschafterin a. D. Gabriela von Habsburg erfreute die Gäste mit sehr lebendigen Bildern ihrer beruflichen Heimat Georgien. Die Neugierde auf dieses vielseitige Land wurde hochgradig erweckt.
In der anschließenden Fragerunde meldete ich mich *Fortsetzung weiter auf Seite 6*

Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!
Sir David Eccles

„MSC 2014 ....“

Fortsetzung von Seite 5



als Vorsitzenden des Vereins Leben & Leben Lassen e.V. . Auf meine Frage ob der Westen Putin, einen hoch intelligenten Diktator, unterschätzt hätte und eigentlich zuerst die Brücke nach Russland geschlagen werden hätte sollen, anstatt zuerst der Ukraine den Weg in die EU zu ebnen, verwies Frau von Habsburg bestätigend auf die persönlichen Eigenschaften des modernen russischen Potentaten Putin und seine aktuelle hegemoniale Politik und das was noch in Zukunft von ihm zu erwarten sein könnte.

Quelle: http://eng.kremlin.ru/accreditation/photo

Die sich überschlagenden Ereignisse bestätigen nun die Worte der Botschafterin. Aber auch die Ansprache von Botschafter Ischinger bekommt einen noch aktuelleren Bezug zum Thema „Vertrauensbildung zwischen den Mächten“.

Es bleibt abzuwarten wie die aktuelle Lage in Ukraine sich entwickelt. Der Verein Leben und Leben Lassen hofft auf eine friedliche Lösung, die neben Frieden auch eine positive Perspektive für Freiheit und besseres Leben auch für die Bewohner auf der Krim und in Ukraine bietet.

Fortsetzung weiter auf Seite 7

VITA von Gabriela von Habsburg 2012

Quelle:http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c0/Gabriela_von_Habsburg.jpg

Gabriela von Habsburg (eigentlich **Gabriela Maria Habsburg-Lothringen**; geboren am 14. Oktober 1956 in Luxemburg als *Gabriela von Österreich-Ungarn*) ist eine österreichische Bildhauerin und Kunstprofessorin. Im Jahr 2007 wurde ihr anlässlich der Einweihung des von ihr geschaffenen „Rosenrevolutionsdenkmales“ vom Staatspräsidenten Micheil Saakaschwili die georgische Staatsbürgerschaft verliehen.

Vom 6. November 2009 bis zum 14. März 2013 war sie Botschafterin Georgiens in der Bundesrepublik Deutschland.

Gabriela von Habsburg ist das vierte Kind Otto von Habsburgs und seiner Frau Regina von Habsburg. Nach dem Abitur 1976 in Tutzing (Bayern) studierte sie von 1976 bis 1978 Philiosophie an der Universität München und anschließend von 1978 bis 1982 Kunst an der Akademie der bildenden Künste in München bei Robert Jacobsen und Eduardo Paolozzi.
Sie ist Mutter dreier Kinder.

Seit 2001 hält sie eine Professur an der Kunstakademie Tiflis (Georgien) und hatte von 2001 bis 2005 einen Lehrauftrag an der Sommerakademie in Neuburg an der Donau. Seit 2005 hat sie zudem einen Lehrauftrag an der Akademie von Bad Reichenhall. Daneben unterrichtet sie seit 2004 Kunst an der BOS Scheyern.
Am 6. November 2009 wurde im georgischen Parlament die Entsendung Habsburgs als georgische Botschafterin in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Seit 22. März 2010 war Gabriela Habsburg-Lothringen vom Auswärtigen Amt als Botschafterin akkreditiert und lebt seither unter der Woche in Berlin und am Wochenende daheim in Bayern am Starnberger See.
Nach dem Tod ihrer Mutter übernahm Gabriela von Habsburg im Februar 2010 deren Amt als Großmeisterin des Sternkreuzordens, das mit dem Titel der *Höchsten Ordensschutzfrau* verbunden ist.
Seit März 2010 vertritt Gabriela von Habsburg Georgien im Internationalen Rat des Vereins Österreichischer Auslandsdienst.

Wer sein Recht nicht wahret, gibt es auf!

Ernst Raupach

VITA von Botschafter Wolfgang Ischinger

Hier bei der 50. Münchner Sicherheitskonferenz 2014
Quelle www.securityconference.de, Photograph Mueller / MSC
http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:MSC_2014_Ischinger2_Mueller_MSC2014.jpg

Wolfgang Friedrich Ischinger (* 6. April 1946 in Beuren) ist ein deutscher Jurist, Völkerrechtler und ehemaliger Diplomat, verheiratet, drei Kinder

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn und der Universität Genf von 1966–1972, studierte er 1972–1973 Völkerrecht an der Fletcher School of Law and Diplomacy. Von 1973 bis 1975 war er als Mitarbeiter im Kabinett des UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim tätig. 1975 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. In den folgenden Jahren war er unter anderem in den Botschaften in Washington, D.C. und Paris tätig. Von 1982 bis 1990 war er einer der engsten Mitarbeiter des damaligen Außenministers Genscher.
1993 bis 1998 war Ischinger Chef des Planungsstabs und dann Leiter der Politischen Abteilung (Politischer Direktor) im Auswärtigen Amt, von 1998 bis 2001 Staatssekretär des Auswärtigen Amts. Ab 2001 bis 2006 war er deutscher Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika, sein dortiger Nachfolger war Klaus Scharioth.
Von März 2006 bis Ende April 2008 fungierte Ischinger als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland im Vereinigten Königreich. Im Frühjahr 2008 wurde er auf eigenen Antrag vom Auswärtigen Dienst beurlaubt, um dem Wunsch der Bundesregierung entsprechend, den Vorsitz der Münchner Sicherheitskonferenz als Nachfolger von Horst Teltschik zu übernehmen.
Seit Anfang Mai 2008 ist er als „Generalbevollmächtigter für Regierungsbeziehungen“ für die Allianz SE in München („Global Head of Government Relations“) tätig. Dieser Bereich wurde neu geschaffen.
Im Sommersemester 2009 war Ischinger Lehrbeauftragter am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München und leitete dort ein Seminar zum Thema „Moderne Krisendiplomatie“.
Seit April 2011 ist Ischinger Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Seine Ernennung wurde außerhalb der Universität begleitet von Protesten, gegen die sich das Institut für Politikwissenschaft wandte. Sein Seminar wird wegen des ungewöhnlichen Erfahrungsschatzes Ischingers von den Teilnehmern sehr geschätzt. Er leitet seit mehreren Jahren Seminare zu dem Themengebiet Krisendiplomatie.
Seit Mai 2011 fungiert Ischinger auch als Beirat von Fair Observer.
Im Jahr 2012 war er Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz, einem informellen, privaten Treffen von einflussreichen Personen.
Er hat in mehreren Schlüsselpositionen des Auswärtigen Diensts mitgewirkt an der Formulierung und Gestaltung der deutschen Balkan-Politik, insbesondere in Bosnien und im Kosovo, bei der Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen NATO und Russland, ebenso wie bei den Erweiterungsprozessen der Europäischen Union und der NATO. Er war Mitglied der von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Putin eingesetzten hochrangigen Deutsch-Russischen Strategischen Arbeitsgruppe mit dem Ziel einer verstärkten bilateralen Zusammenarbeit.
Die Arbeit im Planungsstab des Auswärtigen Amts (1977–1979 und 1993–1995) ermöglichte Ischinger konzeptionelles außenpolitisches Arbeiten, das sich u. a. in Veröffentlichungen in deutschen, englischen und französischen Fachzeitschriften niederschlug. Besondere Aufmerksamkeit widmete er Grundfragen deutscher Außenpolitik, wie z. B. der Frage nach der Definition deutscher Interessen, der deutschen Sicherheits- und Abrüstungspolitik, der Fortentwicklung der Europapolitik und des Verhältnisses zu Russland, der Schritte zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, ebenso wie Fragen regionaler Krisenpräventionspolitik, insbesondere auf dem Balkan.
Unter anderem war Ischinger 1995 mit dem damaligen US-amerikanischen Sonderbeauftragten für den Balkan Richard Holbrooke am Zustandekommen des Friedensvertrages von Dayton für Bosnien-Herzegowina beteiligt. Von Juli bis Dezember 2007 vertrat Ischinger die Europäische Union in den sogenannten Troika-Verhandlungen (gemeinsam mit USA und Russland) mit Belgrad und Pristina über die Zukunft des Kosovo. Ischinger meldet sich regelmäßig in den außen- und sicherheitspolitischen Debatten zu Wort, unter anderem mit einer monatlichen Kolumne auf der Homepage der Münchner Sicherheitskonferenz. Zuletzt forderte er mehr europäische Unterstützung für US-Präsident Barack Obama und setzte sich für ein stärkeres europäisches Engagement in Afghanistan ein. Als Mitglied der Global Zero-Kommission engagiert er sich für die Vision einer nuklearfreien Welt.

Die Religion soll nicht Wurzel sein der Staaten, die nur solche oder solcher Früchte geduldig trägt, sondern befruchtender Tau, der alle Pflanzen erquickt! Ludwig Börne

Karl-Heinz Nagel
Gstadt am Chiemsee

Gedanken zum angestrebten islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen

Gleiches Recht für alle?

In deutschen Schulen haben die sog. Christlichen Religionen das Recht, konfessionellen Religionsunterricht abzuhalten.
Wie kam es zu diesem Privileg?

Am 20. Juli 1933 wurde zwischen der römisch-katholischen Kirche unter Papst Pius XI. und dem Hitlerregime das Konkordat – man sprach auch vom Pakt mit dem Teufel – beschlossen.

Quelle beider Bilder: Das Bundesarchiv

Von links nach rechts: Prälat Ludwig Kaas, Vizekanzler Franz von Papen, Unterstaatssekretär Giuseppe Pizzardo, Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli und Ministerialdirektor Rudolf Buttmann während des Unterzeichnungsaktes (zwischen Pacelli und Buttmann stehend: Substitut Alfredo Ottaviani)

In den Artikeln 20 – 26 wurde das Thema Religionsunterricht behandelt und festgelegt. Die evangelische Kirche schloss sich diesem Pakt dankbar an. Hand in Hand mit den Vereinbarungen zum Religionsunterricht wurde das Eintreiben der sog. Kirchensteuer durch den Staat über die Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung beschlossen. Was hat auf den Lohnsteuerkarten jedoch der Eintrag über die Religionszugehörigkeit bzw. Religionslosigkeit verloren? Es wird doch auch nicht nach der politischen Meinung bzw. der Parteizugehörigkeit gefragt, denn dies sind doch rein persönliche und private Bereiche jedes Einzelnen und darum schützenswerte Daten.
Wie steht der Staat jedoch dazu, dieses Privileg auch den anderen Religionen einzuräumen?
Denken wir an die Zeugen Jehovas, die Neuapostolische Kirche, die Moslems.
Noch bis in das 20. Jahrhundert gab es sog. Konfessionsschulen der evangelischen und katholischen Kirche. Die heutigen öffentlichen Schulen sind unter dem Sammelbegriff „Christliche Gemeinschaftsschulen“ zusammengefaßt.
Unsere Gesellschaft hat sich gewandelt; wir sprechen heute von der Globalisierung.
Infolge dessen finden wir in unseren öffentlichen Schulen in der Regel viele Glaubensgemeinschaften und Religionen vertreten, welche erwarten dürfen, auch für ihre „Schäfchen“ in den Schulen ihren Religionsunterricht erteilen zu können.

Wie ist die gegenwärtige Situation in unseren Schulen?
Während des Schuljahres sind mindestens zwei Gottesdienste verpflichtend in den Kirchen einzuhalten: Schulgottesdienste zum Schuljahresanfang und -ende. Dazu kommen in der Regel ein Gottesdienst zur Weihnachtszeit und an Ostern.
Je nach Religion wandern die Katholiken in die Ortskirche und dieEvangelischen in die Diasporakirche oder umgekehrt.
In der Regel ist die Diasporakirche selten in der Schulnähe, darum ist ein Schülerbus von Nöten und damit kostenträchtig. Die Klassenlehrer/innen sind als Aufsichtspersonen bei ihren Klassen. Ja, aber wo, wenn die Klasse je zur Hälfte evangelische und katholische Schüler aufweist. Ist die aus der Kirche ausgetretene Lehrkraft auch verpflichtet, die Klasse zum Gottesdienst in die Kirche zu begleiten?
Was geschieht in der Zwischenzeit mit den Schülern der anderen Konfessionen, die sich als ausgegrenzt aus der Klassengemeinschaft fühlen müssen? Gut, sie kommen an diesen Tagen später zur Schule oder können früher nach Hause.

Fortsetzung weiter auf Seite 9

Der gerade Weg ist in der Politik meistens unpassierbar!
Harold Macmillan, brit. Premierminister

„Religionsunterricht .....“

Fortsetzung von Seite 8

Sollte jedoch der Schülerbus diese Schüler in der Regel transportieren, müssen sie in der Schule beaufsichtigt werden.
Kommen wir nun zum Religionsunterricht im laufenden Schuljahr:
Entweder wird der Religionsunterricht vom Klassenlehrer in einer konfessionell gemischten Klasse (ist die Regel) gehalten, sofern er die Lehrbefähigung, die sog. Missio canonica (katholisch) oder die Vocatio (evangelisch) im Studium erworben hat.
Parallel dazu muß nun die andere Hälfte der Klasse entweder röm.katholischen oder evangelischen Religionsunterricht erhalten. In der Regel stehen kirchliche Lehrkräfte, die von außerhalb der Schule kommen (auch Ortspfarrer, Diakone etc.) zur Verfügung.
Was aber ist mit den 10 oder 20 % der Schüler, die anderen Glaubensgemeinschaften angehören?
Sie müssen in oft relativ kleinen Gruppen den Ethikunterricht besuchen. Aber auch dafür ist eine Lehrkraft einzusetzen.
Das bedeutet für die Stundenplanmacher oft eine fast unlösbare Aufgabe in einer Schule mit 20 bis 30 Klassen, alle Schüler 2mal wöchentlich und alle Klassen parallel mit 3 Lehrkräften zu versorgen, wobei in manchen Ballungsgebieten der Anteil der in den Schulen vertretenen Konfessionen stark schwankt.
Viele Klassenlehrer sind ohne die Lehrbefähigung für die beiden größten christlichen Kirchen im Schuldienst oder sind aus der Kirche ausgetreten. Sie müssen dann während der Religionsstunden ihrer Klassen in anderen Klassen eingesetzt werden.
Damit war das Problem der Ausgrenzung für alle Schüler, die nicht den beiden sog. christlichen Religionen angehören, geboren.
Heute stammen in der Region Oberbayern ca. 10 – 20 % der Schüler aus Familien, die nicht den beiden genannten Kirchen angehören. In anderen Bereichen Deutschlands wissen wir, daß mehr als 50 % dieser Gruppe zuzuordnen sind.
Das bedeutet aber, daß wöchentlich zwei Stunden Religionsunterricht an den Schulen zur Ausgrenzung dieser Gruppe führt. Es wird darum der sog. Ethikunterricht für diese Schüler angeboten, womit man der Aufsichtspflicht für die „ Andersgläubigen“ gerecht wird und parallel für eine Klasse drei Lehrkräfte einsetzen muß. Es fehlt jedoch bis heute ein verbindlicher Lehrplan für den Ethikunterricht in Bayern.
Bei den Schulgottesdiensten, die zweimal im Jahr abgehalten werden, findet wiederum die Ausgrenzung statt. Das bedeutet für jeden muslimischen Schüler/in, daß er von seinen Mitschülern als nicht zugehörig angesehen wird, da ja in der Regel dessen andere Religion etwas Rätselhaftes bleibt.

Darum muß die Konsequenz lauten: Weg mit dem konfessionsgebundenem Religionsunterricht aus den Lehrplänen der Schulen, hin zu einem verbindlichen Ethikunterricht für alle gemeinsam in der Klasse. Der bisherige Religionsunterricht muß wieder die Aufgabe der beiden großen Konfessionen werden. Die Unterrichte könnten außerhalb der Schulzeit, z.B. am Freitagnachmittag, Samstagvormittag oder am Sonntag nach den Gottesdiensten abgehalten werden – aber jedenfalls in eigener Regie der Kirchen und ohne Verantwortung der öffentlichen Hand nach dem Bibeltext: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht“.

In diesem Unterricht sollten dann auch andere Religionen und ihre Werte vorgestellt werden. Dann erfahren auch alle Mitschüler etwas über die Inhalte z.B. des Koran oder über Buddhistische Lehren usw. Es ist wichtig für die Schüler im Ethikunterricht zu erfahren, daß auch andere Religionen wertvolle Glaubensinhalte haben.
Es würde in den Familien darüber diskutiert werden und allmählich könnten unsere andersgläubigen Mitbürger auf ein besseres Verständnis in der Bevölkerung hoffen.

Fazit:
Islamischer Religionsunterricht an der Schule würde die Ausgrenzung weiter vertiefen. Er würde unseren Schulen weitere Probleme bei der Stundenplangestaltung bereiten. Religionsunterricht zurück in die Eigenverantwortung der Glaubensgemeinschaften.
Den Ethikunterricht mit einem ausgewogenen Lehrplan aufwerten und bundesweit einführen.

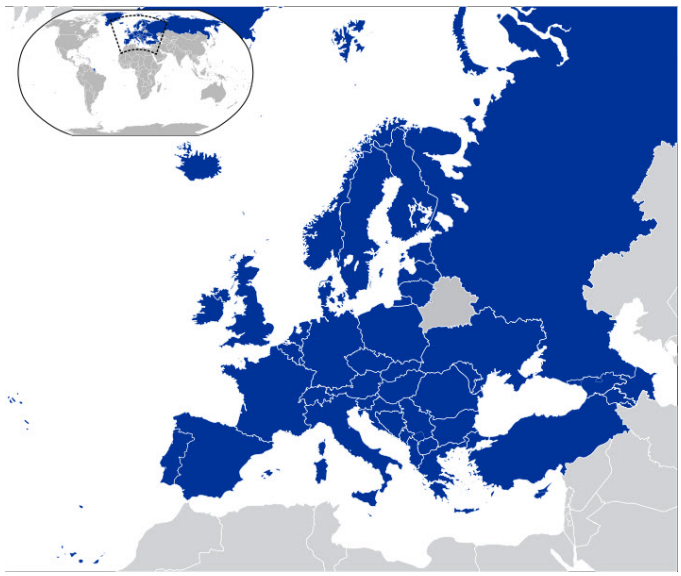
Anmerkung: Das Bundesland Brandenburg ging mit gutem Beispiel voran.

Religion ist ein Prisma, von dessen sieben Farben sich jeder seine Lieblingsfarbe wählen mag; alle aber rühren nur von einem Sonnenstrahl! Karl Julius Weber

Peter Orzechowski
München

65 Jahre Menschenrechte in Europa

Verfassungsexperten des Europarates halten den Entscheid auf der Krim vom 16. März 2014 für illegal. Weder die Verfassung der Ukraine noch die Verfassung der Region Krim ließen eine Volksabstimmung über eine Loslösung zu.



Quelle: Wikipedia

Zu diesem Ergebnis kommt die sogenannte "Venedig-Kommission" des Europarats. Die Kommission wurde nach dem Mauerfall gegründet, um osteuropäischen Staaten dabei zu helfen, Verfassungen auszuarbeiten. Der Europarat selbst existiert seit 65 Jahren, genau: seit dem 5. Mai 1949 und ist damit die älteste politische Organisation Europas. Er ist kein Organ der EU, sondern eine internationale Organisation von 47 europäischen Staaten – nur Weißrussland ist nicht dabei.
Europa, das ist für viele nur der Euro. Aber Europa ist viel mehr. Es ist das Zusammenspiel von sehr unterschiedlichen Völkern – wie im Zirkus, wo es ganz unterschiedliche Charaktere gibt. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Europarat, dessen Gründung wir alljährlich am 5. Mai feiern. Aber was wissen wir über ihn?

Die Satzung dieses Council of Europe sah ursprünglich die allgemeine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Förderung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt vor. „Der Europarat hat die Aufgabe, einen engeren Zusammenschluss unter seinen Mitgliedern zu verwirklichen“, heißt es im Artikel 1 der Satzung des Europarates. Seit 1993 widmet sich der Europarat jedoch vorrangig und verstärkt der Wahrung der demokratischen Sicherheit: Einsatz für die Menschenrechte, Sicherung demokratischer Grundsätze und rechtsstaatlicher Grundprinzipien, Bekämpfung des Terrorismus, Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und Förderung der kulturellen Zusammenarbeit.
636 Vertreter aus den Parlamenten aller 47 Staaten überwachen die Menschenrechtssituation in den Mitgliedsländern. Die Berichte, die sie verfassen, müssen von den Außenministern behandelt werden. Sie haben also durchaus Gewicht. Die stärkste Waffe im Kampf für die Menschenrechte ist aber der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der wie der Europarat seinen Sitz ebenfalls in Straßburg hat. Jeder Bürger kann den EGMR anrufen.

Fortsetzung weiter auf Seite 11

Der Europarat gliedert sich in:
a) Ministerkomitee (aller Außenminister);
b) Parlamentarische Versammlung (derzeit 636 Abgeordnete aus nationalen Parlamenten), die
c) den Generalsekretär (auf fünf Jahre) wählen.
d) Kongress der Gemeinden und Regionen.
Der Europarat hat bislang über 200 Konventionen verabschiedet, darunter die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und die Europäische Sozialcharta.
Seit 1953 ist die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Kraft. Diese Konvention begründete mehrere Institutionen, die die Menschenrechte in den Unterzeichnerstaaten schützen, wie die Europäische Menschenrechtskommission und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!
Benjamin Franklin

„65 Jahre Menschenrechte .....“

Fortsetzung von Seite 10

Im April 2012, als ich den Europarat besuchte, waren beispielsweise etwa 150 000 Beschwerden anhängig, über die Hälfte davon aus den Mitgliedsstaaten Russland, Türkei, Italien, Rumänien und der Ukraine.

Zur Veranschaulichung ein Beispiel: In der Türkei, Mitglied seit 1949, sind derzeit 73 Journalisten und 750 Studenten in Haft – ein Verstoß gegen die Meinungs- und Pressefreiheit. Ebenso sind dort Religionsfreiheit und Frauenrechte nicht gewährleistet.

Warum wirft man die Staaten nicht einfach aus dem Europarat raus, wenn sie gegen die Konventionen verstoßen? Europaratsmitglieder, mit denen ich in Straßburg sprach, antworteten auf diese häufig gestellte Frage: „Wenn die Staaten nicht mehr Mitglied im Europarat sind, dann haben wir auch keine Möglichkeit mehr, die Einhaltung der Menschenrechte bei ihnen zu überwachen. Und dieses so genannte Monitoring-Verfahren übt schon Druck auf die Staaten aus, die wir jeweils unter besonderer Beobachtung haben. Das sieht man derzeit deutlich am Beispiel Ungarn, das als einziges EU-Land im Moment genau überprüft wird.“

Wenn Menschenrechtsverstöße festgestellt werden, was kann man dann tun? Hier antworteten mir Ratsmitglieder: „Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist unser schärfstes Instrument. Wer da unter Anklage steht, wird von der Staatengemeinschaft auch kritisch bewertet. Auch Deutschland stand schon am Pranger, als zum Beispiel kürzlich die Androhung von Folter verboten wurde. Die meisten Klagen hat aber Russland gegen sich laufen.“

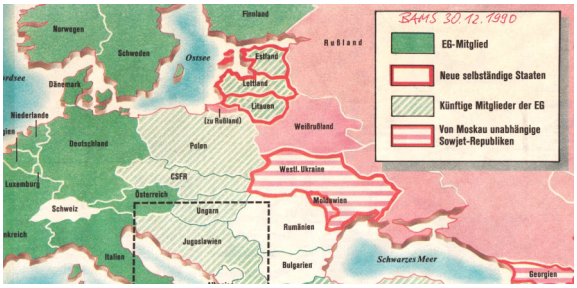
Wäre es dann nicht an der Zeit, Russland mit dem Ausschluss zu drohen? Die Antwort aus Straßburg: „Russland ist ein einflussreicher Staat mit Vetorecht in den Vereinten Nationen, ein gewichtiger Teil Europas – da ist der Dialog wichtiger als Distanz. Denn das ist ja das Ziel des Europarats: Eine Gemeinschaft zu bilden aus den doch so unterschiedlichen Staaten und Völkern des Kontinents.“

Dr. Klaus Rose
Vilshofen

Das Ende des friedlichen Aufbaus der letzten 25 Jahre?

Ein neues Chaos in Osteuropa vorprogrammiert Putin hat Blut geleckt. Seine Hilfstruppen, militärische, wirtschaftliche und publizistische Helfer, wollen nach der Krim noch mehr Nachbarland besetzen. Neue „Volksrepubliken“, wie zu Stalins Zeiten, werden „Freiheitskämpfern“ ausgerufen.

Wer die Kartenskizze der „Bild am Sonntag“ vom 30. Dezember 1990 betrachtet, dem stockt der Atem. Da ist eine „Westukraine“ eingezeichnet, da sind andere Grenzen neu gezogen, da machten sich verschiedene Staaten Hoffnung auf eine neue Mitgliedschaft in der EU – und vielleicht auch in der Nato. Wer diese Hoffnung realisieren konnte, scheint heute auf der sicheren Seite zu sein. Die anderen Gebiete aber drohen wieder tiefrot zu werden. Kann das alles wahr sein?



Vor 25 Jahren präsentierte die „Bild am Sonntag“ das „Europa 2000 – neue Länder, neue Grenzen“.

Die Landkarte Europas nach dem 1. Weltkrieg

Vor 1918 gab es kein Lettland oder Litauen, keine Ukraine oder Weißrussland. Das gesamte Gebiet gehörte zum Russischen Reich, einschließlich Finnland und Polen – soweit letztres nicht auf Preußen und

Fortsetzung weiter auf Seite 12

Das Gesetz kann niemanden zwingen, seinen Nächsten zu lieben, aber es kann es schwieriger für ihn machen, seinem Haß Ausdruck zu geben! Neil Lawson, engl. Richter

„Das Ende des friedlichen....."
Fortsetzung von Seite 11

Österreich aufgeteilt war. Russland hatte sich mit dem Besitz der Aland-Inseln bis 40 Kilometer vor Stockholm ausgedehnt. Heißt das, dass es „nie" eine Ukraine gab, nie ein Estland, Lettland, Litauen? Dass also Putin Recht hat, alles westlich von Moskau wieder zu beanspruchen?

Dass der Westen mit der jetzigen Verteidigung der Ukraine einem Phantom nachjagt? Selbstverständlich bestand im Laufe der Jahrhunderte ein Königreich Polen oder gar ein Vereinigtes Königreich Litauen-Polen. Selbstverständlich gab es vor diesem ein Herzogtum Estland, ein Erzbistum Riga oder ein Großfürstentum Litauen. Selbstverständlich gab es bis 1667 ein Großfürstentum Moskau, dessen Einfluss aber höchstens bis zum Dnjepr, nicht aber zur türkischen Krim oder zum polnischen Kiew oder Lemberg reichte.

Die russischen Gebietsansprüche entstanden erst später, als das schwedische Großreich 1709 in der entscheidenden Schlacht von Poltawa (zwischen Kiew und Charkow gelegen) besiegt wurde, als Zar Peter der Große, auch mit deutscher Hilfe, immer „moderner und westlicher" wurde, als die Zarin Katharina 1783 zur Krim vorstieß und als mit dem Krimkrieg des 19. Jahrhunderts die Türken weitgehend vom Schwarzen Meer abgedrängt wurden. Da unterstanden die meisten Gebiete der heutigen Ukraine dem Zaren – und nach der Oktoberrevolution 1917 der Sowjetunion?

Nein, nach dem 1. Weltkrieg und einer Gegenrevolution gegen die Bolschewiken erklärten sich viele Gebiete zu selbständigen Staaten, ab 1919 unterstützt durch deutsche Freikorps: Estland im Februar 1920, Litauen im Juli 1920, Lettland im August 1920, Finnland im Oktober

1920 und auch die Gegend der heutigen Ukraine 1919-1920. Während sich die baltischen Staaten und Finnland noch längere Zeit halten konnten, gab es um die Ukraine 1920 den polnisch-sowjetischen Krieg. Im deutsch-russischen Vertrag von Rapallo 1922 gab man sich eine Friedensgrenze und steckte die Interessensphären ab, die immer noch die Eigenständigkeit der baltischen Staaten garantierten.

Dann aber kam es 1939 zum Hitler-Stalin-Pakt, zum Einfall der Roten Armee und dann zum Vordringen deutscher Truppen bis St. Petersburg und Moskau. Zum Ende des 2. Weltkriegs erfolgte die Ausweitung der Sowjetunion mit formell autonomen Sowjetrepubliken in den einigermaßen historischen Grenzen. Die Selbständigkeit der Baltenländer oder der Ukraine war „endgültig" vorbei.

Wiederholt sich die Geschichte?

Erfahren die heutigen Staaten östlich von Deutschland oder Polen jetzt wieder das gleiche Schicksal? Greift Putins Macht nach ihnen? Nach 25 Jahren friedlichen Aufbaus und der Hoffnung auf Freiheit und Wohlstand? Wollen die Deutschen lieber das russische Gas als die frei reisenden Balten?

Nein, EU und Nato bieten ausreichenden Schutz. Einen Großen Krieg (wie 1914) kann sich Putin (noch) nicht leisten. Aber er rüstet gewaltig auf und behauptet, die Nato bedrohe Russland.

Das hat mit der Wahrheit nichts zu tun. Eine „Bedrohung" kann Moskau höchstens durch die EU empfinden. Denn diese ist weit attraktiver als es die Sowjetunion war oder „das neue Russland" jemals sein wird. Die Einschüchterung durch die anschwellenden „prorussischen friedlichen Kräfte" zeigt trotzdem Wirkung. Man gibt dem Recht des Stärkeren gerne nach. Deshalb gab es einst die Großreiche Polen-Litauen, Schweden, Deutschland oder Russland - und natürlich auch Großbritannien oder Türkei, um nur die wichtigsten zu nennen.

Auch heute brüllen manche wieder ihre Träume heraus von einer „Groß-Türkei" oder von einer starken „Sowjetunion". Wie vor dem 1. Weltkrieg, als nicht bloß die Monarchen oder die neuen Industriebosse vom „Waffengang" träumten, sondern auch die Medien Hass-Parolen verbreiteten, scheint aber die heutige vernetzte Welt und das größere Risiko einer verheerenden Niederlage kriegshemmend zu wirken. Sogar die britischen Boulevard-Blätter haben ihr Kriegsgeschrei gegen Bayern und Schweinsteiger nach Protest wieder eingestellt.

Gibt das nicht Hoffnung? Aber es braucht stets das Zeichen der Einigkeit und Stärke.

Aus der Reihe „Beiträge zur Zeitgeschichte"
Nr. 6/14 v. 09.04.2014

Die Menschen glauben das gern, was sie wünschen!

Julius Caesar

Sasan Harun-Mahdavi
München

Buchvorschlag:
„Am Vorabend des Dritten Weltkrieges“

Es ist ja wirklich eine schwierige Sache geworden heut zu Tage noch Bücher zu lesen. Die Zeit wird immer knapper und es gibt so Vieles wie Fernsehnachrichten und Online-Berichte, die die Lesezeit für Bücher noch knapper machen.
Auch wenn ich die Süddeutsche und die Münchner TZ schon seit Jahren abonniert haben, muß ich persönlich zugeben, kaum noch Zeitungen zu lesen. Denn, die Nachrichten erscheinen schon fast sekundenaktuell auf dem Handy oder auf dem PC. Damit sind die Nachrichten in den Zeitungen und Magazinen meist schon alter Hut, wenn sie erscheinen. Grundsätzlich wird dies, so glaube ich, kurzfristig zum endgültigen Aus für alle Printnachrichtenmedien führen. Die renommierte Münchner AZ hat ja schon vor wenigen Wochen den Anfang gemacht.
Daher war es für mich eine besondere Sache, als ich das Buch unseres geschätzten Redaktionsmitglieds Peter Orzechowski mit dem Titel „Am Vorabend des Dritten Weltkrieges“ in die Hände bekam. Der Titel hat mich so neugierig gemacht, daß ich anfing es sofort zu lesen.
Von Seite zu Seite wurde das Thema immer spannender, so daß ich trotz Arbeit und sonstige Dinge, die einen Vater eines fast zweijährigen täglich beschäftigen, letztendlich innerhalb einer Woche mit der Lektüre fertig war.

Die Neuerscheinung im Kopp-Verlag vom Dezember 2013 ist eine hervorragende Quelle um die Ereignisse, die uns aktuell in den Nachrichten auf allen Medien gezeigt werden aus einem anderen Blickwinkel zu sehen und vor allem deren mögliche, zum Teil erschreckenden Konsequenzen zu begreifen. Bitte zu beachten, daß genau dies eigentlich von den Machern der Nachrichten nicht immer gezeigt wird. Die Nachrichten sind oft nur da um Sensationslust zu erwecken um die Medien wirtschaftlich erfolgreicher zu machen oder den Mainstream zu bedienen und die Masse nach Wunsch der Nachrichtenmacher zu lenken.
Das Buch von Herr Orzechowski hilft aber dabei hinter die Ereignisse zu schauen. Ganz ohne Panikerzeugung aber so sachlich, daß man sich eigenständig Gedanken machen kann.

Die aktuelle Situation im Nahen Osten, der Syrienkonflikt, die Atomdebatte mit Iran und Nordkorea, die Krisenherde in Afrika und der Ost-West-Konflikt um die Ukraine sind ein Beispiel für die derzeit brisante Situation der Weltpolitik. Orzechowski weist auf das unkontrollierte Bevölkerungswachstum, die Land-Verknappung, die begrenzten Wasser und Energiereserven, sowie die zurückgehenden Flächen fruchtbaren Bodens und die reduzierte Erwirtschaftung von Nahrungsmittel pro Kopf der Erdbevölkerung. Diese Themen sieht er maßgeblich für seine Aussage, daß sich die Welt quasi „am Vorabend des Dritten Weltkrieges“ befindet.

Er zeigt auf, wie unsere „Reise ins Verderben“ schon vor langer Zeit vorausgesagt wurde. Orzechowski vergleicht die aktuelle politische Lage und die sich daraus ergebenden Szenarien mit den Visionen der Seher und gibt uns ein Ausblick auf das Ausmaß der drohenden Gefahren.

Daher ist das Buch „Am Vorabend des Dritten Weltkriegs“ mein Tipp für alle politisch und Zukunftsinteressierten, um auch zu sehen was außergewöhnliche Menschen zum Teil lange vor unserer Zeit für unsere nahe Zukunft prophezeiten und was politische Fakten heute bestätigen.

Denken und Wissen sollten immer gleichen Schritt halten. Das Wissen bleibt sonst tot und unfruchtbar!
Wilhelm von Humboldt

Bericht des Vorstands

Newroz-Empfang der Stadt München am 21. März 2014

Wie in den vergangenen Ausgaben des DENK`MAL! zu verfolgen war, bemüht sich der Verein Leben & Leben Lassen e.V. seit einigen Jahren, mit großer Unterstützung von Herrn CSU Stadtratsfraktionsvorsitzenden und OB Kandidaten Josef Schmid, um eine auch dem Anlaß gerechten Ausrichtung des Norouz-Festes.

Die letzte Korrespondenz erfolgte dann Anfangs Januar 2014. Vom Büro des Herrn Schmid ging eine Nachricht ein, daß der scheidende OB Ude, anläßlich des Neujahrsfestes, die Fraktionen der Grünen und der Linken mit der Vorbereitung von Gästelisten für den 21. März 2014 beauftragt hat.

Aus diesem Grund hat auch unser Vorstand sich an das Büro des OB gewandt und erfragt ob Leben & Leben Lassen e.V., wie im vergangenen Jahr, auch dieses Jahr eine Gästeliste einreichen solle.

Das Original der Mail-Antwortet lautet wie folgt:

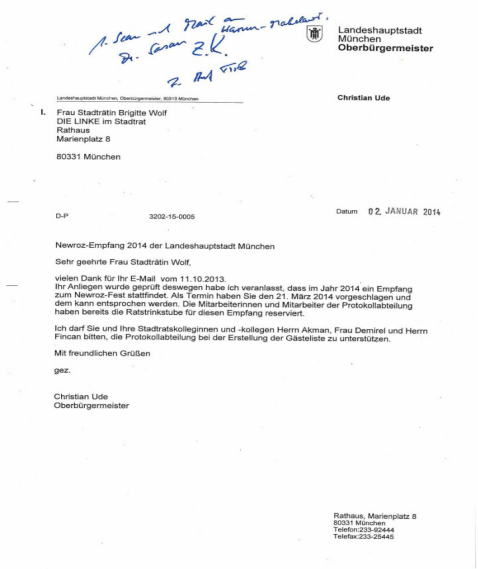
Sie haben am 19.02.2014 10:33 geantwortet.
Die unnötigen Zeilenumbrüche des Nachrichtentextes wurden automatisch entfernt.

Von: gabriele.schwaiger [gabriele.schwaiger@muenchen.de]
An: Zahnarztpraxis Dr. Harun-Mahdavi
Cc
Betreff: Re: Newroz-Empfang am 15.4., Ihr Schreiben an den Herrn Oberbürgermeister

Sehr geehrter Herr Dr. Mahdavi,
das Büro des Herrn Oberbürgermeisters hatte Ihr Schreiben ja beantwortet und sieht die Angelegenheit als erledigt an.
Der Herr Oberbürgermeister hat in der Tat entschieden, dass die Stadt anlässlich des Newroz-Festes am 21. März einen Empfang geben wird.
Nachdem ein veränderter Gästekreis als bisher eingeladen werden soll, wird Ihr Verein diesmal keine Einladung erhalten. An Ihrer Liste besteht insofern kein Bedarf.
Ich bedauere, Ihnen keine bessere Nachricht übermitteln zu können.
Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Schwaiger
Landeshauptstadt München / City of Munich Direktorium - Protokollabteilung / Managerial Board - Protocol Dept.
Leiterin / Chief of Protocol
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Tel. 0049 89 233 925 59
Fax. 0049 89 233 280 47

Am 10.01.2014 08:36, schrieb Zahnarztpraxis Dr. Harun-Mahdavi:
> Sehr geehrte Frau Schwaiger,
>
> Ich gehe davon aus, daß wir in der unten angesprochenen Angelegenheit
> keine weitere Antwort wohl erhalten werden.
>
> Aber soeben habe ich anderweitig erfahren, daß der Newroz-Empfang am 21.
> März stattfinden soll.
>
> Würde Sie bitten mir mitzuteilen wer zuständig für die Einladungen
> ist, damit wir unsere aktualisierte Liste ebenso einbringen können?
>
> Mit den besten Neujahrsgrüßen,
>
> Dr. Sasan Harun-Mahdavi
>
> Vorstandsmitglied
>
> Leben & Leben Lassen e.V. - zur Verwirklichung der Menschenrechte
>
> Elektrastraße 24 in 81925 München
>



Landeshauptstadt München, Oberbürgermeister, 80313 München

Frau Stadträtin Brigitte Wolf
DIE LINKE im Stadtrat
Rathaus
Marienplatz 8

80331 München

Landeshauptstadt München
Oberbürgermeister

Christian Ude

D-P 3202-15-0005

Datum 02. JANUAR 2014

Newroz-Empfang 2014 der Landeshauptstadt München

Sehr geehrte Frau Stadträtin Wolf,

vielen Dank für Ihr E-Mail vom 11.10.2013.
Ihr Anliegen wurde geprüft deswegen habe ich veranlasst, dass im Jahr 2014 ein Empfang zum Newroz-Fest stattfindet. Als Termin haben Sie den 21. März 2014 vorgeschlagen und dem kann entsprochen werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Protokollabteilung haben bereits die Ratstrinkstube für diesen Empfang reserviert.

Ich darf Sie und Ihre Stadtratskolleginnen und -kollegen Herrn Akman, Frau Demirel und Herrn Fincan bitten, die Protokollabteilung bei der Erstellung der Gästeliste zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Christian Ude
Oberbürgermeister

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon:233-92444
Telefax:233-26446

Um es klar auszudrücken, dies war eine höfliche Absage an der Teilnahme des Vereins Leben & Leben Lassen bzw. wie wir später erfahren durften, eine persönlich motivierte Ablehnung der Grünen Fraktionsvorsitzenden Demirel, gerichtet an die beiden Vorstandsmitglieder Massoud und Sasan Harun-Mahdavi.

Ab Anfang März erfuhr der Verein, daß das Rathaus München unter Verwendung der letztjährigen Einladungsliste außer den beiden genannten Vorständen, alle anderen Mitglieder und Freunde von Leben & Leben Lassen e.V. zum Empfang eingeladen hat.

Nur durch das persönliche Engagement des CSU OB Kandidaten Josef Schmid konnten (A) alle Freunde des Vereins zur Teilnahme am Empfang motiviert und (B) die beiden Vorstandsmitglieder Massoud und Sasan Harun-Mahdavi am Empfang teil nehmen. In Vertretung des OB Ude hielt Herr Josef Schmid eine sehr interessante Rede. Bereits zu Beginn weist Herr Josef Schmid darauf hin, daß angesichts der bevorstehenden Stichwahl für das Amt des Münchner Oberbürgermeisters zwischen ihm als den Kandidaten der CSU und Herrn Dieter Reiter (SPD), und ganz besonders aus Respekt für den kulturellen Gedanken des Empfanges keinerlei Wahlprogramm machen möchte. Daher wolle er die Rede von Bürgermeisterin Strobl, die eigentlich letztes Jahr gehalten werden sollte, an diesem Abend halten.

Nach dem die meisten Anwesenden auch im letzten Jahr Zeugen der Eskalation mit Frau Demirel, die leider in Vertretung von Frau Strobl ihre ganz eigene Rede zum Empfang hielt, waren sehr überrascht zu hören, daß Frau Bürgermeisterin Strobl (SPD) genau die Botschaft vermittelte, die die Vorstände des Vereins Leben & Leben Lassen Herrn OB Ude übermittelt hatten.

Fortsetzung weiter auf Seite 15

Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!
Sir David Eccles

„Newroz-Empfang....."

Fortsetzung von Seite 14

Herr Josef Schmid zitierte Frau Bürgermeisterin Strobl Abschnittsweise wie folgt: „…. Newroz ist ein Fest, das seit Jahrtausenden im Iranischen Kulturraum, vielen Ländern Vorderasiens und im Balkan und vielen anderen Regionen gefeiert wird. …. Es wird von verschiedenen Ethnien in verschiedenen Formen gefeiert….. Die Kurden sehen den Aspekt des Kurdischen Freiheitskampfes, andernorts steht die kulturelle Bedeutung als Neujahrs und Frühlingsfest im Vordergrund….. Nowrouz ist von UNESCO in die Liste des immateriellen Weltkulturerbes aufgenommen und der Nowrouztag seit 2010 von den Vereinten Nationen offiziell anerkannt…... Damit hat die internationale Völkergemeinschaft ihre Wertschätzung für Nowrouz gezeigt, dazu bekennt sich auch die Landeshauptstadt München…. Das Rathaus bemüht sich nun allen Aspekten des Nowrouz-Festes gerecht zu werden…..es ist vorgesehen, daß alle Volksgruppen nun beim Empfang eingebunden werden…… Namentlich gilt dem Vorsitzenden des Vereins Leben & Leben Lassen Herr Dr. Massoud Harun-Mahdavi der Dank für die Unterstützung……. München ist ein Vorbild für ein Klima der Weltoffenheit, kulturelles Miteinander und Toleranz, Menschen aus 180 Ländern leben in München friedlich zusammen….. 1/3 der Münchner haben ein Migrationshintergrund….. trotz der Defizite, z.B. auch im Bildungsbereich, ist aber München auf einem sehr guten Weg …… der Beitrag der Münchner mit Migrationshintergrund und deren Engagement in Vereinen zur Förderung des interkulturellen Dialogs ist geschätzt und München bedankt sich dafür….." (Mitschnitt der Originalrede von Herrn Michael Rüdel kann auf http://www.youtube.com/watch?v=TtzMrOMuDUI angehört werden).

Zum ersten Mal haben wir und andere Anwesenden Vereinsmitglieder und Freunde das Gefühl gespürt, daß es sich bei dieser seit einigen Jahren regelmäßig durchgeführten Empfanges, es sich um ein Nowrouz-Empfang handelt.

Vorstandsmitglied Sasan Harun-Mahdavi erfuhr in zahlreichen Einzelgesprächen Bestätigung für die Bemühungen des Vereins zur Forderung nach Änderung des bisherigen Ablaufs der Empfangsveranstaltung. Von Seiten einiger Damen, die in Kurdischer Tracht angetreten waren, kam der Wunsch mit traditionellen Darbietungen an den kulturellen Gedanken des Nowrouz-Festes zu erinnern. Sie erinnerten sich an das traditionelle „Haft-Sin"-Gedeck, das Familie Harun-Mahdavi im letzten Jahr aufgebaut hatte. Sie waren nach wie vor von dieser Tradition begeistert und wünschten sich an der Gestaltung des Empfanges Teil haben zu dürfen.

Der Vorsitzende Massoud Harun-Mahdavi überreichte als ein Zeichen des Dankes für sein Engagement in der Angelegenheit einen Blumenstrauß an Herrn Schmid. Nach der Rede wurde in freier Runde sehr intensiv diskutiert. Die Unbehaglichkeit der Grünen Fraktionsvorsitzenden Demirel war in einem direkten Gespräch, welches Dr. Sasan Harun-Mahdavi ihr anbot, deutlich zu spüren. Die Unterhaltung vor Zeugen läßt nicht erwarten, daß sich das Verhältnis zwischen Leben & Leben Lassen e.V. und Frau Demirel, trotz guten Willens der beiden Vorstandsmitglieder des Vereins, sich positiv ändern würde.
Der Ablauf Abends kann aber insgesamt als voller Erfolg für die langjährigen Bemühungen des Vereins für eine Würdigung des Nowrouz-Festes als Kulturfest angesehen werden.

Es ist schön zu sehen, daß im Rathaus München „**KULTUR**" immer noch bedeutend ist.

Die Bilder von der Veranstaltung sprechen für sich. Es würde uns freuen, wenn bei der Organisation der nächsten Veranstaltung unsere Bemühungen nicht wieder Opfer politischer Taktiken werden und unser Verein nicht mit offener Diskriminierung von Minderheitenparteien konfrontiert wird. Wir werben für Toleranz und erwarten auch Toleranz, gerade von Stadtratsmitgliedern mit Migrationshintergrund.

Fortsetzung weiter auf Seite 16

Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!

Sir David Eccles

„Newroz-Empfang....."

Fortsetzung von Seite 15

Nun, die Wahlen sind auch schon eine ganze Zeit vorüber. Laut dem amtlichen Ergebnis ist Dieter Reiter mit ca. 57% zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München gewählt worden. Auf dem ersten Blick ein Grund zur Freude. Auf dem zweiten Blick aber eine unlösbare Aufgabe für Herr Reiter. Angesichts der Sitzverteilung im Stadtrat Münchens ist der Gedanke an der Aufstellung einer Koalitionsregierung mit einer Einstimmenmehrheit schon sehr schwer gewesen. In der Realität erweist sich dieses Unterfangen wohl bereits nach wenigen Wochen als unlösbar, wenn die CSU nicht mit eingebunden werden sollte.

Josef Schmid hat hier den allerwenigsten Druck bei diesem Spiel um Macht in der Stadtregierung. Er kann sich aussuchen welchen Weg er gehen möchte. Die SZ hat es kurz zusammen gefaßt: Er kann auch warten um dann seinem Mentor Dr. Ottmar Bernhard in den Bayerischen Landtag zu folgen. Er kann auch als Fraktionsvorsitzender der stärksten Partei die Opposition führen.

Es ist anzunehmen, daß sowohl die SPD als auch die CSU nicht nur parteipolitische Machtkämpfe ausführen werden, sondern sich mit bestem Wissen und Gewissen auch den Interessen der Stadt München widmen. Durch den Gang Dieter Reiters zur CSU Fraktion und der Übergabe seines Schriftsatzes an Josef Schmid am letzten Donnerstag ist eine völlig neue Runde der Koalitionsverhandlungen eingeläutet worden.

Die CSU wird sicherlich keiner Krückenkoalition zustimmen. Denn ehrlich gesagt warum auch?

Aus sicherer Quelle können wir berichten, daß die Rot-Grüne-Koalition bereits vor den Wahlen nur noch aus politischer Raison bestand hatte. Selbst der Aufruf von Sabine Nallinger, die Grünen würden Dieter Reiter bei den Stichwahlen unterstützen, hat zwar Josef Schmid Stimmen gekostet, aber den Grünen keinen wahren Dienst geleistet. Der offene Verteidigungsbrief von Sabine Nallinger kurz vor den OB Wahlen war eines der Beweise für das Mißtrauen zwischen den beiden Koalitionspartnern Rot-Grün. Die Zerwürfnisse innerhalb der Grünen-Fraktion, sowie zwischen Rot-Grün, die schon seit langem toben, machen den Weg zu einer Großen Koalition für Dieter Reiter sicherlich noch leichter, und zwar ganz ohne den Grünen.

Es ist abzuwarten welche Regierung unsere Stadt in den nächsten Jahren regieren wird.

Der Verein Leben & Leben Lassen e.V. möchte sich an dieser Stelle für die volle Unterstützung, die unsere Bemühungen der letzten Jahre stets von der CSU Stadtratsfraktion und besonders von Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Schmid ganz persönlich erfahren durften bedanken.

Wir wünschen Herrn Schmid und der CSU-Stadtratsfraktion viel Glück und besonderes Geschick bei der Gestaltung der Zukunft unserer Stadt und eine sehr erfolgreiche Regierungsperiode, sowohl in der Rolle der Opposition aber auch gerne als Mitglied einer großen Koalition im Münchner Rathaus bis zu den nächsten Wahlen.

Wie heißt es so schön:
„nach den Wahlen ist vor den Wahlen."

Über den Herausgeber:
Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

mit Sitz in München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.
Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.
Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!" ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über
Homepage: www.lebenundlebenlassen.org
E-Mail: info@lebenundlebenlassen.org
Tel.: +49-89-3106999
Fax: +49-89-32155805
Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52
Stadtsparkasse München BLZ 70150000

Impressum:

Anschrift	Elektrastraße 24, 81925 München
Herausgeber	Verein Leben & Leben Lassen – zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.
Chefredakteur	Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)
Redaktion	Wilhelm Dietl, Karl-Heinz Nagel, Elisabeth Philipp, Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher, Franz-Jochen Schoeller, Peter Orzechowski
Verlag	D.i.E.

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion. Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.